

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 10 + 32 – Waldgesetz

Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 378.04 / 12.11.2004

Neues Waldgesetz bringt für die BürgerInnen mehr Freiheit und weniger Schilder!

Es ist vollbracht: Nach langen und intensiven Debatten liegt uns ein modernes und zukunftsweisendes Gesetzeswerk für den schleswig-holsteinischen Wald vor - ein Landeswaldgesetz, das sich in jeder Hinsicht sehr gut in weitere Gesetze betreffend Naturschutz, Wasser, Jagd und nicht zuletzt die Grundwasserentnahmeabgabe einfügt.

Der naturnahe Wald in Nutzung als strategisches Leitbild erfüllt am Besten die Anforderungen des Gemeinwohls und als ökologisch und waldbaulich stabile Pflanzengesellschaft auch die Anforderungen der Wirtschaftlichkeit

Mit der Errichtung eines Sondervermögens Wald soll zugleich auch signalisiert werden, dass der Landesgesetz- und Haushaltsgeber die landeseigenen Forsten vor kurzfristigen fiskalischen Interessen schützen möchte. Waldpolitik und Waldwirtschaft und damit verbunden die Wohlfahrtsfunktion des Waldes sind Langfristaufgaben.

Unser neues Waldgesetz greift weit voraus. Die Forderung der CDU, mit der Novellierung auf die Überarbeitung des Bundeswaldgesetzes zu warten, greift hingegen gar nicht.

Herr Hopp, schauen Sie sich doch einmal die Eckpunkte an, die das Ministerium von Renate Künast formuliert hat. In weiten Teilen finden sich die Forderungen des Bundes in unserem neuen Waldgesetz bereits heute wieder. Wir haben also unsere legislativen Hausaufgaben bestens gemacht und sind in der Klasse weit voran.

Die BürgerInnen werden mehr Freiheiten und weniger Schilder erleben. Als letztes Bundesland ermöglichen wir für die BürgerInnen das Betreten des Waldes. Zugleich fallen zahlreiche Verordnungen weg. Möge diese Lockerung dazu beitragen, dass die Bindung der Menschen an den Wald wächst.

Die Definition der guten fachlichen Praxis gehört zu den Teilen des neuen Gesetzes, die am stärksten aus der Sicht der Waldwirtschaft Beachtung verdienen. Ökosystemares vernetztes Denken ist die Grundlage dafür, dass Wälder von nun an unter stärkerer Berücksichtigung von Wasser, Boden und Lebewelt bewirtschaftet werden. Und das ist angesichts der dramatischen Situation der Wälder in Deutschland notwendiger denn je! Gleichzeitig wird auf zu große Regelungstiefe verzichtet und über die Ermächtigung zur Verordnung eine Anpassung an den jeweiligen Kenntnisstand und an die politische Schwerpunktsetzung kommender Verantwortungsträger vorgenommen.

Dass wir die Nachhaltigkeit im Wald in den Mittelpunkt rücken, hat allseits gute Gründe. Rot-grün hat den Mut, die Schritte zur Umsetzung dieses aus der Forstwirtschaft stammenden Begriffes konkret zu benennen. Und ich sage Ihnen: Nur aufgrund der Bestockung mit standortheimischen Arten erhalten wir standortangepasste und somit stabile Bestände. Die CDU hat ein anderes Leitbild von Wald, das immer noch ein wirtschaftliches Denken pflegt, das die gerade doch auch wirtschaftliche Gefährdung durch Kalamitäten wie Windwurf, Borkenkäfer und Brandgefahr nicht sehen will. Wir Grünen denken an die typischen Buchengesellschaften und haben das Lied „Bunt sind schon die Wälder“ im Ohr.

Wir beobachten leider immer noch eine dramatische Zunahme bei Waldschäden. Nach zwei Hitzesommern sind 31 Prozent aller Bestände schwer geschädigt. Die Schäden stellen sich im Norden etwas milder dar als im Süden der Bundesrepublik Deutschland.

Sollten die noch nicht veröffentlichten Zahlen stimmen, dann fallen nach dem neuesten Waldzustandsbericht 2004 über 30 Prozent des Gesamtbestandes in die höchste Schadensstufe. Betroffen sind vor allem ältere Bäume. Dies unterstreicht, dass wir dem Wald mehr Beachtung schenken müssen und vor allem, dass weitere Politikfelder wie der Verbrauch fossiler Energieträger, Klimaschutz und Luftreinerhaltung, Verkehr etc. weiter engagiert verfolgt werden müssen. Der Wald ist nur Symptomträger. Und es wird eins deutlich: Umweltprobleme sind Wirtschaftsprobleme, auch wenn die Opposition immer gerne verkündet, das sei Luxus und nur dann bezahlbar, wenn die Wirtschaft brummt. Sie wollen ihre Wahlversprechen zum Beispiel an die Polizisten mit der Reduzierung der Umweltverwaltung bezahlen, auch wenn sie wissen, dass das nicht funktioniert.

Wir betten das neue Landeswaldgesetz in eine Waldresolution ein, mit der das Parlament nochmals bekräftigt: Wir stehen zu unserem Wald in Schleswig-Holstein. Wir wollen die Wohlfahrtsfunktion stärken, die Waldpädagogik, die Neuwaldbildung, den Wasserhaushalt. Wir wollen in mittlerer Zukunft den Landeswald auch als Stiftung stärken.
